

Antrag auf Fehlbetragsausgleich - Vorausleistungen

gemäß § Abs. 3 des Gesetzes über den Mehrbelastungsausgleich für kommunale Straßenausbaumaßnahmen (MehrBAG) i.V.m. §§ 4 und 5 Straßenausbau-Mehrbelastungsausgleich-Verordnung (StraMaV)



1. Antragssteller	
Name der Gemeinde/Stadt:	
Anschrift:	
Internetaufriff (URL):	
Hauptverwaltungsbeamter:	
Ansprechperson:	
Telefonnummer:	
E-Mail-Adresse:	

2. Anzahl der anrechenbaren Straßenausbaumaßnahmen/Teileinrichtungen (Für jede Maßnahme ist ein Maßnahmenblatt auszufüllen.)	
Anzahl der Maßnahmen insgesamt:	
Anzahl der Teileinrichtungen insgesamt:	

3. Zahlungsinformationen	
Zahlungsempfänger:	
IBAN:	
BIC:	
Bank:	
Verwendungszweck:	

4. Einzuleichende Antragsunterlagen je Straßenausbaumaßnahme Bitte folgende Unterlagen, gemeinsam mit dem Antragsformular, per E-Mail an LBV-StrAusb@LBV.Brandenburg.de senden.	
Satzung für Straßenausbaubeiträge in der am 31. Dezember 2018 geltenden Fassung:	<input type="checkbox"/>
Beschluss des zuständigen Organs der Gemeinde über die beabsichtigte Straßenausbaumaßnahme: (z. B. Ausbaubeschluss der Kommunalvertretung)	<input type="checkbox"/>
Belege dafür, dass es sich um eine beitragsfähige Straßenausbaumaßnahme nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der am 31. Dezember 2018 geltenden Fassung (a.F.) handelt: Nachweis der Öffentlichkeit nach § 8 Abs. 1 des KAG a.F. (z.B. Widmungsverfügung); Einstufung der Straßenausbaumaßnahme nach § 8 Abs. 2 des KAG a.F. mit kurzer Begründung (z.B. KAG-Abrechnungsvermerk); Vorlage eines technischen Ausbauprogramms; Belege dafür, dass die Anlage oder Einrichtung zum Zeitpunkt des Ausbaus den örtlichen Ausbaupflichten entspricht (z.B. begründende Unterlagen, Baugrundgutachten, Erläuterungsbericht, aussagekräftige Fotodokumentation des Ausbaustandes)	<input type="checkbox"/>
Nachweis Beginn der Straßenausbaumaßnahme: (z.B. Bauprotokoll)	<input type="checkbox"/>
Kalkulation über die Straßenausbaumaßnahme: (tabellarisch zusammengefasst, ohne Mengenermittlungen, Aufmaß etc., ggf. Vorlage der Auszahlungsanordnungen)	<input type="checkbox"/>
Nachweis über die Vorausleistungen, welche gemäß Straßenausatzung und § 8 Abs. KAG a.F. erhoben worden wären sowie deren Berechnung nach § 4 Abs. 3 StraMaV seit dem 1. Januar 2019: (Kalkulation des beitrags- und umlagefähigen Aufwandes je Straßenausbaumaßnahme anhand des Maßnahmenblattes/Kalkulationsnachweis und bei Reduzierungen des Anteils der beitragspflichtigen Anlieger am Aufwand als Nachweis die Grundstücksliste mit den berechneten Anliegerbeiträgen)	<input type="checkbox"/>
Zuwendungsbescheid bei Förderung oder Nachweis/Vereinbarung über Gemeinschaftsmaßnahme:	<input type="checkbox"/>

5. Anwendung § 13 Abs. 2 KAG	
Die Gemeinde stimmt der Anwendung des § 13 Abs. 2 KAG zu. ("Centbeiträge können bei der Festsetzung von Abgaben und abgaberechtlichen Nebenleistungen auf volle zehn Cent nach unten abgerundet und bei Ersatzen auf volle zehn Cent nach oben aufgerundet werden.") D.h. die Gesamtantragssumme kann bei Rundungsdifferenzen auf volle zehn Cent nach unten abgerundet werden zugunsten des LBV (das an die Stelle der Anlieger tritt). Dadurch werden aufwendige Änderungs- und Korrekturanträge im Centbereich, die ansonsten die Gemeinde vorzunehmen hätte, überflüssig.	<input type="checkbox"/>

6. Pauschalzahlungen (PSZ)			
Jahr	erhaltene PSZ	verrechnet mit Antrag (Bitte das Aktenzeichen angeben)	Bescheiddatum
2019			
2020			
2021			
2022			
2023			
2024			
2025			
2026			
2027			
Summe Pauschalzahlungen			

7. Zusammenfassung der Berechnungsnachweise über beitrags- und umlagefähige Aufwendungen für Straßenausbaumaßnahmen	
Kalkulation Gesamtsumme tatsächlicher Aufwand: (Gesamtkosten der Straßenausbaumaßnahme - Herstellungskosten inkl. Baunebenkosten)	
Kalkulation Gesamtsumme nicht-beitragsfähiger Aufwand und anderweitig umlagefähiger Aufwand: (z. B. Kostenersatz für Zufahrten, Hausanschlüsse)	
Kalkulation Gesamtsumme Beitragsfähiger Aufwand:	
Kalkulation Gesamtsumme Anteil der Kommune am beitragsfähigen Aufwand: (Anlagen der Allgemeinheit, Grundstücke im gemeindlichen Eigentum):	
Kalkulation Gesamtsumme nicht umlagefähiger Aufwand:	
Kalkulation Gesamtsumme Anteil der Beitragspflichtigen am beitragsfähigen Aufwand: (auf Beitragspflichtige umlagefähiger Anteil)	
Hohe der Vorausleistungen nach Straßenausatzung: (beantragt; Bsp.: 0,3 = 30,00 %)	

8. Ermittlung des verbleibenden Fehlbetrages	
Kalkulation Gesamtsumme Anteil der Beitragspflichtigen am beitragsfähigen Aufwand: (auf Beitragspflichtige umlagefähiger Anteil)	
Gesamtsumme erhaltener Pauschalzahlungen:	
Summe noch nicht verwendeter/ angerechneter Pauschalzahlungen:	
Summe Bedarfshöhe Vorausleistungen:	

/		
Ort/ Datum	Stempel/ Siegel	rechtsverbindliche Unterschrift